

## Bundesrepublik Deutschland

JOSEF JANNING

Europapolitik scheint im Rückblick auf die letzten zwölf Monate nun endgültig zu einem „normalen“ Feld deutscher Politik geworden zu sein: Kritik an Entscheidungen der Europäischen Kommission im Dissens über die Wettbewerbspolitik der EU, innenpolitisch begründete Reserve gegenüber einer weiteren Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen in Amsterdam, europapolitische Munitionierung des Parteienstreites aus einem Augenblickskalkül und ein mitunter an die Sturheit Margaret Thatchers erinnerndes *ceterum censeo* zum deutschen Nettobeitrag belegen die Enttabuisierung Europas als Sonntagsthema deutscher Politik. Doch das zurückliegende Jahr liefert zugleich Belege für die Gegenthese. Noch im letzten Sommer schien es, als seien die Forderungen nach einer Verschiebung der Währungsunion angesichts der Datenlage nicht mehr zum Schweigen zu bringen und als stehe der Höhepunkt der Ablehnung in Deutschland noch bevor, als sich im Februar 1998 155 Wissenschaftler in einem Memorandum auf eine Vertagung festlegten. Demoskopische Erhebungen belegen jedoch, daß zur selben Zeit bereits die Zahl der Gegner in der Bevölkerung abnahm, und mit der Unterschreitung des Defizitkriteriums im Frühjahr 1998 war diese Debatte jäh beendet.

Helmut Kohls Vision, die Konstante der Europapolitik seiner Regierung, hatte sich gegen die Skepsis der Experten, der Fernsehprofessoren und der öffentlichen Meinung durchgesetzt.<sup>1</sup> Diese Vision und damit ein historisch begründetes Ja zu tieferer Integration wird der deutschen Europapolitik nach ihm fehlen und dann könnte sich durchsetzen, was der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans-Friedrich von Ploetz, im Herbst 1997 vor einer Journalistenkonferenz des Bundespresseamtes – zum Ärger mancher in Regierung und Parlament als einen Trend zu einer stärker „britischen“ Haltung deutscher Europapolitik gekennzeichnet hatte. Gemeint waren damit allerdings weniger die eingangs skizzierten Facetten der Euroskepsis und einer „I want my money back“-Rhetorik, sondern vielmehr der Übergang zu einer primär pragmatisch verstandenen Interessenumsetzung deutscher Politik auf europäischer Ebene. Brisanz gewann seine Äußerung, weil sie auch hätte anders verstanden werden können; und daß sie anders verstanden wurde, zeigt wiederum die Akzentverschiebung deutscher Europarhetorik. So steht die Bestimmung der deutschen Interessen im künftigen Europa und einer dazu passenden pragmatischen Artikulationsstrategie deutscher Außen- und Europapolitik durch deren Schlüsselakteure weiter aus.

### *Der Euro – das Jahr der Entscheidung*

Das Memorandum der 155 Wirtschaftswissenschaftlern vom 9. Februar 1998,<sup>2</sup> initiiert von den Professoren Wim Kösters, Manfred Neumann, Renate Ohr und Man-

fred Vaubel, resümiert noch einmal die deutsche Kritik am Konzept der Währungsunion, die so nicht allein im Kreis der Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch von einzelnen Verbänden, in der Publizistik wie in der Politik – hier vor allem auf Landesebene von den Ministerpräsidenten Biedenkopf, Schröder und Stoiber – artikuliert wurde. Der Aufruf stellt fest, daß die Konsolidierung der Staatsfinanzen unter den großen EU-Staaten nicht weit genug vorangeschritten sei, da der Prozeß „zu spät und nur halbherzig“ begonnen wurde. Gleichzeitig mißtrauen die Experten der Wirksamkeit des Stabilitätspaktes und halten die bestehende Flexibilität der Arbeitsmärkte für unzureichend. Der Aufruf fordert daher eine „geregelte Verschiebung um einige Jahre“; als Anreiz für anhaltende Disziplin sollten gemeinsam vereinbarte „Auflagen über zu erreichende weitere Konsolidierungsfortschritte“ verabschiedet werden. Gelingt dies nicht, müsse die Erfüllung der Kriterien geprüft werden, „so streng, wie es der Vertrag erlaubt“, und die WWU dürfe gegebenenfalls nur mit einer kleinen Gruppe beginnen. Punktlandung beim Kriterium der Neuverschuldung oder Verschiebung – so lesen sich die Kernpunkte der Kritik in der Spätphase der Euro-Debatte, nachdem die weitergehenden Forderungen auf einen Verzicht auf die WWU politisch wirkungslos geblieben waren.

Den Bezugspunkt der Debatte bildete das Auf und Ab in der Neuverschuldungsbilanz der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Selbst wenn man die günstigere Bewertungsbasis der EU zugrunde legt, lag die Neuverschuldung in Deutschland 1993, 1995 und 1996 über dem Richtwert von 3%; für 1997 ergaben sich schließlich 2,7% – nach Angaben der Bundesregierung im wesentlichen bedingt durch Mehreinnahmen bei den indirekten Steuern, sinkende öffentliche Investitionen und eine Entlastung durch Anhebung der Beitragssätze zur Rentenversicherung.<sup>3</sup> Negativ in der deutschen Bilanz bleibt die – vereinigungsbedingt gewachsene – Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte, die 1997 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal anstieg und mit 61,3% des Bruttoinlandsproduktes (1996: 60,4%) den Referenzwert von 60% leicht überschritt. Die Erleichterung unter den politischen Parteien über dieses Ergebnis war mit Händen zu greifen; insbesondere, da auch die anderen EU-Staaten, die eine Teilnahme angestrebt hatten, bis auf Griechenland 1997 ebenfalls das Defizitkriterium erfüllen konnten. Damit war der Verschiebungsdebatte, die ja auch auf die Datenlage in diesen Staaten abgehoben hatte, der Boden entzogen und auch die doppelte Vorsichtsposition des bayerischen Ministerpräsidenten – zunächst die Ankündigung, die Bewertung der Bundesbank abzuwarten, gefolgt von der Aussage, dem Votum der Bundesbank erst nach Prüfung der Qualität ihres Berichtes zu folgen – blieb folgenlos: Die Bundesbank<sup>4</sup> schloß sich der Einschätzung der Bundesregierung insgesamt ebenso an wie am 2. April der Bundestag mit 575 zu 35 Stimmen aus der Koalition, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. In den entsprechenden Debatten wurden jedoch unterschiedliche, zum Teil sicher durch den Wahlkampf vorgezeichnete Erwartungen an die Folgewirkungen des Euro sichtbar: Während Redner der Koalition Reformen im Innern im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik vorzeichneten, um im schärferen Wettbewerb zu bestehen, betonten Vertreter der Opposition ihre Präfe-

renz für europäische Harmonisierungen in diesen Bereichen, eine Abstimmung der Wirtschafts- und Tarifpolitik sowie die Festlegung sozialer Mindeststandards.<sup>5</sup>

Als Schönheitsfleck der innenpolitischen Vermittlung der Euro-Entscheidung erwies sich die „schwere Geburt“<sup>6</sup> des Euro beim Brüsseler Gipfel durch das nicht auflösbare Kräftemessen zwischen Bundesregierung und französischer Regierung über die Kandidaturen Wim Duisenbergs und Jean-Claude Trichets für die EZB-Präsidentschaft. Die Formel für den „freiwilligen Verzicht“ auf eine volle Amtszeit Duisenbergs hinterläßt angesichts der Härte der Verhandlungsführung des französischen Staatspräsidenten und der innenpolitischen Vorgeschichte Fragezeichen; bisweilen war sogar von einer „Dolchstoßlegende“ die Rede, derzufolge Frankreich den gewachsenen deutschen Einfluß über die Kontrolle der Währung kontern wolle.<sup>7</sup> Unwuchten schwächen die Laufruhe des Euro-Motors auch in anderer Hinsicht, sei es im deutschen Bund-Länder-Streit über den nationalen Stabilitätspakt und die Aufteilung der Schuldenquote zwischen Bund und Gliedstaaten, sei es der Euro-11-Rat, der nach der deutsch-französischen Einigung auf den informellen Charakter dieses Gremiums vom Herbst 1997 bisher kein öffentlich wirksames Profil erreicht hat.

Keinen Erfolg erzielte auch die zweite Stoßrichtung der Kritik, der Versuch, den Euro über den Weg der Verfassungsklage zu verhindern. Insgesamt sechs Verfassungsbeschwerden gegen die Euro-Entscheidung wurden dem BVerfG 1997/98 vorgelegt, das diese jedoch als unbegründet zurückwies. Das Gericht rückte in seiner Begründung nicht von seinem 1993 formulierten Prüfvorbehalt ab, doch verweist die Entscheidung erwartungsgemäß auf die Langfristigkeit des mit dem Vertrag von Maastricht begonnenen Prozesses und die Bewertungsspielräume der Mitgliedstaaten.<sup>8</sup> So bleibt als letzte Bekräftigung der deutschen Teilnahme am Euro nur noch die Bundestagswahl, bei der sich Euro-Gegner – wie die DM-Partei des Börsenunternehmers Bolko Hoffmann in ganzseitigen Anzeigen verkündete – regen Zulauf der Enttäuschten erhoffen. Die Aussichten darauf dürften diese Protestparteien enttäuschen, denn die Vermeidung kognitiver Dissonanz, das heißt die allmähliche Akzeptanz des Erwarteten in der öffentlichen Meinung, ist demoskopisch bereits seit dem Herbst 1997 abzulesen.<sup>9</sup>

#### *Der deutsche Finanzbeitrag und die Zukunft der EU*

Unter den Fingerhakeleien zwischen Deutschland und der EU, etwa zur europäischen Wettbewerbspolitik im Falle der Pay-TV Allianz der Medienhäuser Kirch und Bertelsmann, ragt die Nettozahlerdebatte deutlich heraus. Zwar berührt auch der Konflikt über das digitale Bezahlfernsehen Grundsatzzeinschätzungen der Politik – wenn etwa der Bundeskanzler sich der Argumentation der Unternehmen anschließt, die Marktstellung ihres Angebotes zumindest europäisch, wenn nicht global zu messen –, doch fordert die Zukunft des deutschen Finanzbeitrages die Bonner Europapolitik elementarer. Die Datenlage erscheint dramatisch: Aus Deutschland fließen derzeit zirka 22 Mrd. DM mehr nach Brüssel als über Rückflüsse wieder ins Land zurückkehren; diese Zahl entspricht etwa 60% des gesamten Nettobetrages in

der EU, obgleich der Anteil Deutschlands am EU-BIP nur knapp 30% ausmacht. Andererseits entspricht der deutsche Brutto-Beitrag in etwa dem BSP-Anteil des Landes (1997: 27,5% BSP-Anteil, 28,7% Beitrag). Die Nettozahlerproblematik ist von daher eher ein Rückflußproblem, das nicht einfach über eine Ausweitung der EU-Leistungsprogramme aufzulösen ist, da hiervon in erster Linie wiederum die jetzigen Nettoempfänger profitieren dürften. Die Diskrepanz von Zahlungen und Rückflüssen ist letztlich die Konsequenz des relativ geringen Wertschöpfungsanteiles der Landwirtschaft in Deutschland.

Das gegenwärtige Kalkül zeigt andere Züge als in früheren Phasen der Debatte, in denen die Stellung als „Zahlmeister“ der Integration auch zur unterschwelligten Begründung einer Führungsrolle thematisiert worden war. Aus der populären Klage über die übermäßige Höhe des Nettobeitrages ist ein konkretes politisches Ziel geworden: den Nettobeitrag zu senken und durch Systemveränderung eine dauerhafte Entlastung für den Bundeshaushalt zu schaffen. In der Debatte dieses inzwischen nicht mehr allein vom Bundesfinanzminister vertretenen Anliegens ist sogleich auf dessen integrationspolitische Reibungsflächen hingewiesen worden – gleichzeitig befürwortete die Bundesregierung eine baldige EU-Erweiterung, die ihrerseits Finanzimplikationen aufwerfe und sie zögere in der Reform der Agrarpolitik, in der das größte Einsparpotential im EU-Haushalt liege. „Die Vorteile einer stärkeren und damit kostensparenden Orientierung der Landwirtschaft am Markt werden in Bonn und München wider besseres Wissen nicht zur Kenntnis genommen. Daß für die deutsche Wirtschaft mehr herauspringen könnte, wenn Politiker und Unternehmer besser mit den EU-Förderinstrumenten umgingen, scheint dagegen kaum ins Bewußtsein gedrungen zu sein.“<sup>10</sup> Nach dieser Auffassung liegt der Schlüssel zu mehr Beitragsentlastung in der Durchsetzung geringerer Ausgaben der EU, die nur über eine weiterreichende Agrarreform und eine Konzentration der Strukturfonds zu erreichen wäre und damit auch Deutschland träfe. Entsprechend sind die Vorschläge der Agenda 2000 der Europäischen Kommission auf heftige Kritik des Landwirtschaftsministers und des Bauernverbandes gestoßen: Sie bedeuten nach Einschätzung Jochen Borcherts eine Nettomehrbelastung von 1,2 Mrd. DM für Deutschland bei gleichzeitigen Einkommensverlusten zwischen 4% und 20% für die Bauern und einer damit einhergehenden wachsenden Abhängigkeit der Bauern von Transferzahlungen. Die Einführung einer Obergrenze für Direktzahlungen in Höhe von 200.000 DM pro Betrieb und Jahr würde zudem überproportional die ostdeutsche Landwirtschaft treffen. Der Bauernverband folgert aus den Szenarien „das Aus für mindestens 40.000 Bauern im Jahr“.<sup>11</sup>

Die Konsequenz ließe sich jedoch auch umgekehrt formulieren: Gerade weil die Erweiterung zusätzliche Ausgaben erfordert und die Agrarreform innen- wie gemeinschaftspolitisch hochkompliziert erscheint, gewinnt eine rein auf den Punkt der Nettzahlungen insistierende deutsche Position an Plausibilität, insbesondere als Verhandlungsmasse im bevorstehenden Nullsummenspiel über die Finanzverfassung der EU bis 2006.

Der bisherige Strategieansatz der deutschen Europapolitik konzentriert sich aus diesen Erwägungen heraus auf den Versuch, die Kommission über die Gewinnung

anderer Mitgliedstaaten von der Einführung einer „Kappungsgrenze“ zu überzeugen.<sup>12</sup> Das Modell, als dessen Vorteile in Bonn seine breiten Variationsmöglichkeiten gelten, sieht eine Kappung des Beitrages bei Überschreitung eines bestimmten Zielwertes – etwa 0,4% des BSP – vor; der darüber hinausgehende Anteil soll dann durch Umlage auf die anderen Mitgliedstaaten rückerstattet werden. Auf der Basis dieser Annahmen hat das Finanzministerium eine Ersparnis für den Bundeshaushalt von zirka 7 Mrd. DM errechnet. Modellrechnungen aus der Bundesregierung zeigen jedoch auch, daß die meisten anderen Mitgliedstaaten durch diese Umstellung kaum mehrbelastet würden, sondern die Einsparung zum größten Teil durch den Wegfall des bisherigen britischen Beitragsrabattes (der nach einem recht ähnlichen Modell berechnet wurde) ausgeglichen werden würde – mithin die Entlastung eines großen Nettozahlers durch die Aufhebung der Entlastung eines anderen erreicht würde. Integrationspolitisch wären mit einer solchen Strategie wohl kaum besondere Vorteile verbunden; die deutsche Europapolitik bleibt damit im Dilemma zwischen zwei Optionen gefangen, die jede für sich gravierende Nachteile mit sich brächten. Für den deutschen Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 1999 erwartete der Bundeskanzler deswegen zu Recht „gewaltige Raufereien in der Sache“.<sup>13</sup>

#### *Die Ratifikation des Vertrages von Amsterdam und die deutsche Präsidentschaft*

Weniger ambivalent und konfliktträchtig gestaltete sich 1998 die Ratifikation des Vertrages von Amsterdam in Bundestag und Bundesrat, wenngleich auch diese Station deutscher Europapolitik – wenig verwunderlich im Wahljahr – Anlaß zu einigen partei- und koalitionsstaktischen Manövern bot. Im Deutschen Bundestag erreichte der Vertrag am 5. März 1998 die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit mit 561 von 645 Stimmen der Koalition und der SPD. Die Abgeordneten der PDS lehnten den Vertrag ab. Als einzige der integrationsfreundlich einzuschätzenden Parteien erlaubten sich Bündnis 90/Die Grünen einen Vorrang der Kritik am Vertragswerk vor der Staatsräson. Sie enthielten sich der Stimme und gaben damit der innerparteilichen Unzufriedenheit über die mangelnd ausgebildete demokratische Kontrolle im dritten Pfeiler Ausdruck, warnten vor einer Militarisierung der EU-Politik und forderten Fortschritte in der Asyl- und Einwanderungspolitik.

Gegen die erklärte Präferenz der bayerischen Staatsregierung stimmten die CSU-Abgeordneten dem Vertrag zu. Der bayerische Ministerpräsident hatte vor der Entscheidung eine Zusicherung des Außenministers eingefordert, eine völkerrechtlich verbindliche Klarstellung in der EU zu erreichen, daß ein Aufenthaltsrecht für Drittstaatler in der EU nicht mit einem automatischen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen verbunden sei. Als sich das Auswärtige Amt aus bayerischer Sicht „nur“ zu einer Benachrichtigung der Partner bereit erklärte, drohte Stoiber mit der Ablehnung des Vertrages im Bundesrat.<sup>14</sup> Das sicherlich auch vom Wahlkampf inspirierte Gerangel zwischen bayerischer CSU und Bonner FDP fand erst ein Ende, nachdem der Bundeskanzler der Europäischen Kommission den nationalen Vorbehalt Deutschlands bei der Asyl- und Einwanderungspolitik noch einmal brieflich dargelegt hatte – auf dieser Basis verabschiedete der Bundesrat am 27. März

1998 das Ratifikationsgesetz einstimmig. Die in diesem Disput steckende Spitzfindigkeit hat Elmar Brok – an die erfolgreich vorgebrachte Forderung der Länder auf Bewahrung des Einstimmigkeitsprinzips in diesem Bereich erinnernd – sarkastisch charakterisiert: „Und nun verlangte die bayerische Staatsregierung, die Bundesregierung möge auch noch völkerrechtlich verbindlich absichern, daß EU-Regelungen, die nur mit deutscher Stimme beschlossen werden können, in Deutschland nicht angewandt werden müssen.“<sup>15</sup>

Die Ratifikation lenkt in Deutschland nun den Blick auf die Agenda der Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 und die Folgefragen des Vertrages: auf die Umsetzung der Euro-Entscheidung, die Frage nach der künftigen Finanzierung und die Verabschiedung der Agenda 2000 und auf die Aufnahme förmlicher Verhandlungen im Rahmen der Erweiterung.

Am 1. Januar 1999 beginnt die dritte Stufe der Währungsunion und der Vertrag von Amsterdam dürfte während der deutschen Präsidentschaft in Kraft treten, ein Hoher Repräsentant wird dann zu bestimmen sein, das Europäische Parlament wird neu gewählt und ein neuer Kommissionspräsident ist auszuwählen. Ein Marathon an Sitzungen und Konferenzen zeichnet sich ab, da Deutschland nicht nur die EU-Präsidentschaft, sondern erstmals gleichzeitig auch den Vorsitz in der WEU innehat sowie die G-8 Beratungen koordiniert. In dieser Häufung liegen gleichermaßen Chancen der Gestaltung wie Risiken, kann doch die Präsidentschaft kaum darauf hoffen, nationale Sonderanliegen hartleibig zu vertreten und zugleich die Chancen des agenda-setting auszuschöpfen.

Politisch-institutionelle Fragen, wie die in Amsterdam ausgeklammerten Defizite in Zusammensetzung und Funktion der Organe einer erweiterten EU, werden ebenfalls Teil der Agenda sein – dies verlangt schon die deutsch-französische Koalitionsräson in der Europapolitik. Geschickt hatten Jacques Chirac und Helmut Kohl in ihrem Schreiben an den britischen Ratsvorsitz vom 5. Juni 1998 die Präferenzen beider Länder verbunden: Frankreich die Betonung institutioneller Verbesserungen vor der Erweiterung und Deutschland die weitere Aushärtung des Subsidiaritätsprinzips, „um zu einer klareren Kompetenzabgrenzung zu kommen und um zu prüfen, inwieweit die derzeitige Regelungsdichte den Erfordernissen entspricht.“<sup>16</sup> Sicher war kaum ein deutscher Vorstoß in der EU der Vergangenheit so auf das Bemühen ausgerichtet, die innenpolitischen Forderungen nach Subsidiarität und Bürgernähe zu befriedigen, doch dürfte die integrationstypische Dynamik der Artikulation solcher Positionen Teil des Kalkül Kohls gewesen sein, das Thema zum jetzigen Zeitpunkt zu forcieren: Josef Joffe vernachlässigt diese Ebene, wenn er aus dem Brief folgert, das „könnte ebenfalls die Dame Thatcher diktiert haben“.<sup>17</sup>

### *Ausblick*

Europapolitik in Deutschland ist, so legt die Bilanz dieses Jahres nahe, schwieriger geworden; innenpolitische Positionen und integrationspolitische Präferenzen fallen nicht mehr automatisch deckungsgleich aus. Dies belastet die Interessenartikulation deutscher Europapolitik angesichts des eher schwerfälligen Mehrebenensystems

der Machtteilung im politischen System der Bundesrepublik. Eine Effektivierung der Entscheidungsprozesse erscheint heute dringlicher als noch vor Jahren. Gleichzeitig belegt die Bilanz die integrationspolitische Notwendigkeit bi- und multilateraler Koalitionsbildung durch die deutsche Europapolitik – um so mehr, je spezifischer die deutschen Anforderungen an europäische Lösungen werden. Voraussetzung dazu war und bleibt ein funktionierendes deutsch-französisches Gespann, das in der Lage ist, aus der bilateralen Kooperation heraus Anstöße für die EU-Politik zu geben. Nach dem medienwirksamen Dissens zwischen Kohl und Chirac über die Besetzung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank beim Euro-Gipfel waren beide Seiten sichtlich bemüht, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Der Brief Kohls und Chiracs im Vorfeld des Gipfels von Cardiff und der mit ihm initiierte Prozeß hat das Potential, neben den institutionellen Implikationen der Erweiterung zum wichtigsten Orientierungsimpuls der EU-Reform der kommenden Jahre zu werden – einmal mehr ein Beleg für den Konstellationsvorteil deutsch-französischer Zusammenarbeit in der Integrationspolitik. Die deutsche Europapolitik hat auf diese Weise vermocht, den Anschluß an das Momentum französischer Führung wiederzufinden, das Chirac mit seiner Initiative zur Sicherung institutioneller Anpassungen vor der Aufnahme neuer Mitglieder gewonnen hatte.

Eine Fortsetzung könnte die Übereinstimmung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erfahren. Mit der Eskalation im Kosovo, der anhaltenden Instabilität in Rußland und einer fragilen Stagnation im Nahen Osten bleibt die Nachbarschaft der EU ein brennendes Thema. Entscheidend für die Nutzung der reformierten GASP durch Deutschland und Frankreich dürfte dabei sein, ob es gelingt, die Position des Generalsekretärs im Einklang mit einem Deutschen oder Franzosen zu besetzen – was bisher noch nicht recht erkennbar wird<sup>18</sup> – und den Aufbau des Stabes so zu betreiben, daß eine arbeitsfähige Einheit und kein Gouvernantengremium nationaler Aufpasser entsteht. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte hier eine Katalysatorrolle spielen – wenn sich Frankreich für die europäische Option entscheidet.<sup>19</sup> Nach langem Zögern hat Frankreich zumindest eine Teilprivatisierung seines für die internationale Rüstungskoooperation wichtigsten Konzerns beschlossen und damit die Chancen für eine Verdichtung insbesondere der deutsch-französisch-britischen Zusammenarbeit deutlich verbessert. Eine Ausstrahlung dieser trilateralen Kooperation auf die Außen- und Sicherheitspolitik erscheint für die kommenden Jahre weniger unwahrscheinlich als in der Vergangenheit; die britische Skepsis gegenüber der GASP hat mit der Regierung Blair deutlich an Härte eingebüßt. Unter solchen Bedingungen mag sich Gerhard Schröders Überlegung, die deutsch-französische Achse zu einer Triade zu erweitern, erfüllen. Zuvor müßte es die deutsche Europapolitik jedoch verstehen, die Divergenz der außenpolitischen Reflexe in Paris und London, die beinahe jede wichtige Regung der amerikanischen Politik begleiten und Bonn immer wieder in Spagatstellung bringen, zu zähmen. Solange dies so ist, erscheint Joschka Fischers Warnung nur zu berechtigt: „Am Ende wird nicht mehr als Mißtrauen in Paris produziert werden, aber nicht wirklich europäischer Fortschritt.“<sup>20</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Paterson, William E.: Helmut Kohl, 'The Vision Thing' and Escaping the Semi-Sovereignty Trap, in: German Politics, 1 (1998), S. 17-36.
- 2 Vgl. den Text des Aufrufs: Der Euro kommt zu früh, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9.2.1998, S. 15.
- 3 Vgl. „Deutschland klar auf Maastricht-Kurs“, in: FAZ v. 28.2.1998, S. 13; zu den Vergleichsdaten für die früheren Jahre siehe Das Parlament v. 19.9.1997, S. 14.
- 4 Vgl. „Währungsunion stabilitätspolitisch vertretbar“, in: FAZ v. 28.3.1998, S. 13.
- 5 Vgl. dazu die Debattenauszüge, abgedruckt in: Das Parlament, Ausgaben v. 10./17.4.1998, S. 3-9; v. 15.5.1998, S. 3-5.
- 6 So Joffe, Josef: Schwere Geburt, in: Süddeutsche Zeitung v. 4.5.1998, S. 4.
- 7 Vgl. Hanke, Thomas, Wolfgang Proissl: Die Dolchstoßlegende, in: Die Zeit v. 7.5.1998, S. 5.
- 8 Vgl. dazu Gelinsky, Katharina: Kein Abschied von Maastricht, in: FAZ v. 9.4.1998, S. 6; zur europa- und verfassungsrechtlichen Einordnung der Beschwerden siehe Müller-Graff, Peter-Christian: Euro, Bundesverfassungsgericht und Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Währungsstabilität und richterliche Kontrolle, unveröff. Manuskript seines Vortrages an der Universität Heidelberg v. 2.2.1998.
- 9 Vgl. Eurobarometer-Daten nach EU-Nachrichten v. 6.5.1998, S. 4 und v. 10.6.1998, S. 1.; vgl. Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.): Deutschland vor der Zukunft: Der Wirtschaftsstandort im Zeichen des Euro, Reihe Demoskopie, Nr. 1, Köln: April 1998 (sowie die entsprechende aktuelle Ergänzung des Berichtes); Köcher, Renate: Eine neue Währung bekommt keine Vorschußlorbeeren, in: FAZ v. 2.6.1998, S. 5.
- 10 Stabenow, Michael: Zahlengeschichte quer durch Europa, in: FAZ v. 10.8.1998, S. 11.
- 11 Angaben und Zitate nach: „Borchert stemmt sich gegen Agrarpläne“, in: FAZ v. 18.10.1998, S. 15; „Borchert hält EU-Reformvorschläge für nicht akzeptabel“, in: FAZ v. 20.3.1998, S. 17-18; Münster, Winfried: „Breitseiten gegen Borchert“, in: SZ v. 17.7.1998, S. 23; Bündler, Helmut: „Die Verbraucher mit der Agrarpolitik aussöhnen“, in: FAZ v. 31.3.1998, S. 16; „Die Agenda 2000 bedeutet das Aus für 40 000 Bauern im Jahr“, in: FAZ v. 31.3.1998, S. 19.
- 12 Vgl. „Waigel besteht auf Entlastung für Deutschland“, in: FAZ v. 14.10.1998, S. 17.
- 13 Zitiert nach: „Kohl empfiehlt Zurückhaltung bei Deutschlands Rolle in Europa“, in: FAZ v. 22.4.1998, S. 2.
- 14 Vgl. „Stoiber verärgert über die Bonner Europapolitik“, in: SZ v. 7./8.3.1998, S. 1.
- 15 Brok, Elmar: Welche Europapolitik will Stoiber eigentlich?, in: FAZ v. 16.3.1998, S. 16.
- 16 Zitiert nach dem Bulletin der Bundesregierung 41 (1998), S. 537-538, hier S. 538.
- 17 Joffe, Josef: Kartätschen für Cardiff, in: SZ v. 15.6.1998, S. 4.
- 18 Vgl. „Gerangel um Europas 'Außenminister'“, in: SZ v. 6.3.1998, S. 1.
- 19 Vgl. die skeptische Analyse von Rühl, Lothar: Wenig Kooperation zwischen Bonn und Paris, in: Neue Zürcher Zeitung v. 6.2.1998, S. 5.
- 20 Fischer, Joseph: Die Selbstbeschränkung der Macht muß fortbestehen, in: FAZ v. 10.8.1998, S. 9.

## Weiterführende Literatur

- Borkenhagen, Franz H.U. (Hrsg.): Europapolitik der deutschen Länder. Bilanz und Perspektiven nach dem Gipfel von Amsterdam, Opladen 1998.
- Hagen, Jürgen von: Von der Deutschen Mark zum Euro, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B24/98, S. 35-46.
- Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Drei Fragen zu Europa. Antworten aus deutscher Sicht, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, München 1998.
- Lankowski, Carl (Hrsg.): Break Out, Break Down or Break In? Germany and the European Union after Amsterdam, AICGS Research Report Nr. 8, Washington D.C. 1998.
- Paterson, William E.: Helmut Kohl, 'The Vision Thing' and Escaping the Semi-Sovereignty Trap, in: German Politics 1 (1998), S. 17-36.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung, Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung Bd. 2, Bonn 1998.